

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF September 2016



Maishäckseln auf unserem Mitgliedsbetrieb Krüger in Trebbus (Elbe-Elster)

Diese Ausgabe: Herbsttreffen am 6. November im Spreewald / Bauernbund gegen TTIP und CETA / KTG-Insolvenz und die Folgen / Schreiben des Landtagsabgeordneten Rainer Genilke an Landwirtschaftsminister Schmidt zum Milchmarkt / Stellungnahme des Bauernbundes zum Entwurf der Wasserrechtsnovelle / Biberschäden in der Ostprignitz / Kreisgebietsreform ist bürokratischer Zentralismus / Erfahrungen mit dem Praktikanten-Austauschprogramm APOLLO / Wie Landwirte sich gegen widerrechtliche BVVG-Praxis wehren können

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Karsten Jennerjahn, Schrepkow (PR)

Vorstand:

- Thomas Kiesel, Barsikow (OPR)
- Jens Gerloff, Ganz (OPR)
- Herbert Matthes, Blumberg (BAR)
- Manfred Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Lutz Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Gerd Schiele, Reichenow (MOL)
- Christoph Schilka, Guhrow (SPN)
- Marcus Schilka, Guhrow (SPN)
- Max Kirsten, Polzen (EE)
- Reinhard Benke, Mörz (PM)
- Marco Hintze, Krielow (PM)
- Lutz-Uwe Kahn, Kleßen (HVL)

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

Herbsttreffen am 6. November im Spreewald

Liebe Mitglieder und Berufskollegen,

die Ernte durchwachsen, die Preise im Keller. Kein Zweifel, unsere Betriebe befinden sich erneut in schwierigem Fahrwasser. Schwierig wird es allerdings nicht nur für uns. Die spektakuläre KTG-Pleite zeigt die Grenzen des Größenwahns. Für 30 Euro kann jeder Weizen produzieren, noch dazu mit gesicherter Einspeisevergütung für Biogas. In der Krise zeigt sich die Überlegenheit von Strukturen die gekennzeichnet sind durch Privatinitiative, hohe Eigenkapitalquote, langfristige Strategien und maßvolle Entwicklungsschritte. So sehr wir manchmal frustriert sind von Enttäuschungen und Rückschlägen: unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind einfach besser.

Unser diesjähriges Herbsttreffen findet statt am Sonntag, dem 6. November 2016, und führt uns in den Spreewald, wo wir schon mehrfach zu Gast waren, unter anderem bei Christoph Schilka, Hugo Melde, Fritz Buchan und Hannes Schilka. Viele unserer Mitglieder dort wirtschaften ökologisch – auch diesmal wollen wir uns zwei interessante Öko-Betriebe anschauen, beide mit intensiver Tierproduktion, und anschließend wollen wir beim Bauernstammtisch in gemütlicher Runde die besonders arbeitsreiche Zeit ausklingen lassen. Das Programm für den 6. November:

13.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Lütke Schwienhorst, Ogrosemer Dorfstraße 35, 03226 Vetschau OT Ogrosemer / 400 ha Acker (Roggen, Weizen, Hafer, Triticale, Dinkel, Buchweizen, Sonnenblumen, Hirse, Klee gras), 120 Milchkühe der Rasse Deutsches Schwarzbuntes Niederungs rind mit weiblicher Nachzucht, Hofladen, Ferienwohnungen, Forst.

14.00 Uhr: Kaffeetrinken auf dem Landwirtschaftsbetrieb Lütke Schwienhorst.

15.00 Uhr: Fahrt nach Burg (Spreewald).

15.30 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Budischin, Ring chaussee 91, 03096 Burg (Spreewald) / 100 ha Acker (Roggen, Weizen, Dinkel, Buchweizen, Hirse, Körnermais), 200 ha Dauergrünland in der kleinteiligen Spreewaldlandschaft mit Baumreihen und Fließen, 130 Mutterkühe der Rasse Angus.

16.30 Uhr: Fahrt nach Eichow.

17.00 Uhr: Gaststätte Slawischer Hof, Vetschauer Straße 2, 03099 Kolkwitz OT Eichow / Begrüßung, Bestellung Abendessen, Vorstellung des Projekts „Denkmal für den Bauernführer Hanso Lehmann“ durch Hugo Melde, Kurzreferat über aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Bauernbundes von Reinhard Jung, Diskussion.

18.00 Uhr: Abendessen im Slawischen Hof, angeboten werden drei klassische Spreewald-Gerichte: Hirsekraut mit Schinkenspeck für 8,50 Euro, Sülze mit Bratkartoffeln für 9,50 Euro oder Rinderbrust mit Sahne-Meerrettich für 11,50 Euro.



*Ich freue mich, wenn wir uns am 6. November zahlreich wiedersehen. Bis bald im Spreewald!
Euer Karsten Jennerjahn*

Bauernbund lehnt transatlantische Handelsabkommen ab

Pressemitteilung vom 9. September 2016

Im Vorfeld der für den 17. September geplanten Demonstrationen gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA hat sich der Bauernbund Brandenburg grundsätzlich gegen eine Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten gewandt. „Das nützt nur den großen Konzernen, die die Rohstoffe hin und her schieben, aber nicht den landwirtschaftlichen Erzeugern in Europa und Amerika“, sagte Bauernbund-Vorstand Marco Hintze, der in Krielow bei Werder einen Ackerbau-Rindermast-Betrieb bewirtschaftet.

„Natürlich können unsere modernen Landwirtschaftsbetriebe im internationalen Wettbewerb bestehen“, ist Hintze überzeugt. Dieser werde jedoch massiv durch unterschiedliche ökologische und soziale Standards verzerrt: So seien in den USA Wachstumshormone für Rinder zugelassen, die etwa 10 Prozent höhere Tageszunahmen verursachen, und der gesetzliche Mindestlohn liege rund 20 Prozent niedriger als in Deutschland: „Das ist nicht die Landwirtschaft, die wir wollen. Entweder wir harmonisieren die Welt nach deutschen Standards oder wir lassen den ganzen Quatsch.“

Auch amerikanische Farmer sehen TTIP und CETA kritisch, wie Hintze kürzlich bei dem Besuch einer Reisegruppe aus Illinois auf seinem Betrieb erfahren konnte: „Wir haben uns grundsätzlich die Frage gestellt, worin der volkswirtschaftliche Nutzen liegen soll, wenn Produkte, die man im eigenen Land herstellen kann, von woanders herkommen. Wohlgermerkt, es geht nicht um Bananen, sondern um Rindfleisch und Weizen.“ Zwischen amerikanischen und deutschen Landwirten herrschte Einigkeit, dass die Abkommen verhindert werden sollten.

„Seit Reichskanzler Leo von Caprivi wissen wir, dass Freihandel mit Agrarprodukten unserer Landwirtschaft schadet,“ stellt Hintze fest: „Und wenn der Deutsche Bauernverband immer noch von angeblichen Chancen redet, schadet er uns damit auch.“

Europaabgeordnete Susanne Melior zu Besuch in Krielow



Intensiver Gedankenaustausch beim Besuch der SPD-Europaabgeordneten Susanne Melior am 21. Juli auf dem Hof von Bauernbund-Vorstand Marco Hintze in Krielow bei Werder. Nach einer Betriebsbesichtigung, bei der sich die Abgeordnete, die Mitglied im Umweltausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Agrarausschuss des EP ist, sehr interessiert an Hintzes Ideen für den Aufbau einer Direktvermarktung zeigte, ging es um aktuelle politische Themen:

Marco Hintze und Geschäftsführer Reinhard Jung erneuerten die Forderung des Bauernbundes, dass die Direktzahlungen in der kommenden Förderperiode nur bis zu einer bestimmten Höhe und nur an Betriebe ausgezahlt werden sollten, die sich im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden. Beim Thema Milchmarkt lehnten sie Liquiditätshilfen ab und verlangten statt dessen faire Standards für Milchlieferverträge, die auch für Genossenschaftsmeiereien Gültigkeit haben. (Foto: Büro Melior)

Bauernbund zur KTG-Insolvenz: Verpächter müssen aufpassen

Pressemitteilung vom 6. Juli 2016

Der Bauernbund Brandenburg hat davor gewarnt, aus der KTG-Pleite voreilige Schlüsse zu ziehen. „Der Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an auswärtige Kapitalanleger geht weiter. Vermutlich bleibt im Rahmen des Insolvenzverfahrens sogar die KTG in ihrer ökonomisch ineffizienten Großstruktur erhalten“, sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow in der Prignitz. Den Schaden hätten die vielen Gläubiger, etwa die Verpächter der Flächen, deren Ansprüche jetzt kaum mehr realisiert werden könnten. Wer sein Land an verschachtelte Agrargesellschaften verpachte, gehe ein hohes Risiko ein, so Kiesel: „Die wichtigste Lehre aus dem KTG-Desaster ist, Pachtverträge künftig mit bäuerlichen Familienbetrieben abzuschließen.“

Gänzlich blamiert seien nach der Insolvenz des größten deutschen Agrarkonzerns, der allein in Brandenburg mehr als 17.000 Hektar bewirtschaftet, vor allem Agrarwissenschaftler und Agrarpolitiker. „Die Propheten des unbegrenzten Größenwachstums werden jetzt wohl etwas leiser werden“, hofft Kiesel. Bereits heute sollte deshalb darüber diskutiert werden, die Agrarsubventionen nach 2020 nur noch an ortsansässige Landwirte auszuzahlen und eine Höchstgrenze pro Betrieb einzuziehen.

Erwartungsgemäß hat die Insolvenz der KTG wieder großes Medieninteresse zum Thema Bodenmarkt ausgelöst. Unter anderem konnte Geschäftsführer Reinhard Jung in einem sechsmündigen Interview auf Deutschlandradio Kultur über die ökonomische Überlegenheit bäuerlicher Familienbetriebe sprechen und klarstellen, dass der entscheidende politische Hebel zur Verhinderung von ferngesteuerten Agrarkonglomeraten wie der KTG Agrar in einer Neuverteilung der europäischen Direktzahlungen liegt. Auf Landesebene wichtige Themen bleiben die Einführung der Höfeordnung und Neuregelungen beim Grundstücksverkehr, wo bis Ende des Jahres Ergebnisse vorliegen sollen.

Bundesumweltministerin übernimmt unsere Stallbau-Forderung

Manchmal reibt man sich die Augen, weil man nicht glaubt, was man liest: Unsere über die ganze Zeit der Volksinitiative gegen Massentierhaltung erhobene Forderung, Stallbauvorhaben oberhalb der Umweltverträglichkeitsprüfung in die kommunale Bauleitplanung reinzunehmen, wurde am 24. August von der Bundesumweltministerin Hendricks (SPD) aufgegriffen. Die Ministerin will dazu demnächst einen Gesetzesvorschlag vorlegen. In dem von Volksinitiative und rot-roter Regierungskoalition Anfang April vereinbarten Kompromiss spielte diese Forderung nur am Rande eine Rolle, eine solche Novellierung des Baugesetzbuches und eine entsprechende Bundesratsinitiative sollte lediglich geprüft werden. Der Bauernbund hatte dagegen argumentiert, nur auf diese Weise könne die gesellschaftliche Akzeptanz von Tierhaltung wieder verbessert werden. Wer für eine Tierproduktion ohne Größenbegrenzung eintrete, riskiere, dass das baurechtliche Privileg für Ställe im Außenbereich irgendwann ganz in Frage gestellt werde.

In einer ersten Pressereaktion haben wir die Initiative von Hendricks begrüßt und angemahnt: „Minister Vogelsänger sollte sich der Größendiskussion jetzt nicht länger verweigern und sich dafür einsetzen, dass in der Baurechtsnovelle akzeptable Obergrenzen definiert werden.“ Darin liegt nämlich noch ein Pferdefuß – während Bauernbund und CDU-Landtagsfraktion als Obergrenzen immer die Zahlen der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung herangezogen haben (3.000 Schweine, 85.000 Hähnchen), will Hendricks schon bei der standortbezogenen Vorprüfung ansetzen (1.500 Schweine, 30.000 Hähnchen). Wir haben bereits Kontakt zu der Arbeitsebene in Berlin aufgenommen und angeboten, den richtigen Ansatz von Hendricks zu unterstützen, wenn umgekehrt die Bundesumweltministerin im konkreten Gesetzesvorschlag nicht über das Ziel hinausschießt.

Landtagsabgeordneter Rainer Genilke arbeitet auf Milchviehbetrieb in Polzen und schreibt Brief an Minister Schmidt

Bei einem landwirtschaftlichen Praktikum auf unserem Mitgliedsbetrieb Kirsten in Polzen wurde der CDU-Landtagsabgeordnete Rainer Genilke von Landwirtschaftsmeisterin Silke Kirsten in allen Stallarbeiten unterwiesen und von ihrem Sohn Max, Agrarstudent in Neubrandenburg und seit dem Februar Vorstandsmitglied des Bauernbundes, auf dem Mähdrescher mitgenommen. Während der Arbeitspausen und beim Grillabend zum Ausklang kamen natürlich agrarpolitische Themen zur Sprache, woraufhin Genilke einen bemerkenswerten Brief an den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt verfasste, den wir nachfolgend veröffentlichen:

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

am 9. und 10. August durfte ich in einem familiengeführten Milchviehbetrieb in meinem Wahlkreis im Landkreis Elbe-Elster ein Praktikum während der parlamentarischen Sommerpause absolvieren. Dieses gab mir die Möglichkeit, mich näher mit den derzeitigen Sorgen der Landwirte auch im Land Brandenburg zu befassen. Zwei Dinge sind mir in den Gesprächen mit der Familie besonders deutlich geworden, die ich Ihnen – auch in Rücksprache mit dem agrarpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg Andreas Gliese MdL – kurz darstellen möchte.

Dass die Milchkrise durch ein extremes Marktungleichgewicht verursacht ist, war mir schon vorher bewusst, und ich teile auch die Ansicht der Bundesregierung, dass staatliche Eingriffe oder Steuerungen hier keine nachhaltige Lösung herbeiführen würden. Was ich allerdings bislang nicht wusste und mich regelrecht erschüttert hat, sind die mittelalterlichen Vertragsverhältnisse, in denen die Milchbauern wirtschaften. Wie ich erfuhr, müssen die Erzeuger ihre gesamte Milch einer Molkerei langfristig „andienen“ und bekommen den Preis dafür erst nachträglich mitgeteilt.

Zu den Grundregeln unserer sozialen Marktwirtschaft gehört meines Erachtens, dass in einem Kaufvertrag die Liefer- und Zahlungsmodalitäten klar geregelt sind. Kaufverträge, die zur Lieferung eines Produktes verpflichten, ohne dass zugleich ein Preis vereinbart ist, sind meines Erachtens nicht mit unserem marktwirtschaftlichen System kompatibel, weil sie eine Seite entrechteten und den Wettbewerb verhindern. Das Argument, die Molkereigenossenschaften würden den Bauern gehören, wirkt genauso weltfremd wie schon zu DDR-Zeiten der Hinweis, die LPGen würden den Bauern gehören.

Aus meiner Sicht sollte die Bundesregierung hier über die Krise hinaus denken und die Voraussetzungen für einen künftig funktionierenden Markt schaffen. Die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg hat eine entsprechende Initiative bereits im Januar angeregt. Inzwischen sind mit dem einstimmigen Beschluss der Agrarministerkonferenz vom April 2016 zur Änderung des Artikels 148 GMO im so genannten EU-Milchpaket sowie mit der Novelle des Agrarmarktstrukturgesetzes im Juni wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. Aber es gibt noch keine greifbaren Ergebnisse.

Lieber Christian Schmidt, deshalb bitte ich Sie heute herzlich, in der EU vorrangig die Änderung des Artikels 148 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 im Sinne des Beschlusses der Agrarministerkonferenz durchzusetzen und danach in Anwendung dieses Artikels eine Verordnung zu erlassen, wonach jeder Milchliefervertrag in der Bundesrepublik Deutschland Festlegungen zu Menge, Preis und Lieferzeitraum enthalten muss. Unsere Milchbauern brauchen wieder eine Perspektive und der Milchmarkt insbesondere mit Blick auf die Genossenschaftsmolkereien mehr Wettbewerb.

Das zweite Thema ist die so genannte Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte. Auch wenn es hier mit Beschluss des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zu weiteren Flexibilisierungen und Verbesserungen ab dem Jahr 2016 kam, ist die Alterssicherung der Land-

wirte vor dem Hintergrund der zuvor eingezahlten Beiträge überaus bescheiden und selbst mit dem Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung für Nicht-Landwirte kaum vergleichbar. Auch stellt sich die Frage, wie zeitgemäß und sinnvoll eine Hofabgabeklausel heutzutage noch erscheint, stellt diese Verpflichtung doch einen besonders schweren Eingriff in das Eigentum beziehungsweise die Freiheit im Umgang mit dem persönlichen Eigentum dar. Insofern würde ich es sehr begrüßen, wenn sich die Union mit Blick auf die nächste Wahlperiode noch einmal Gedanken hierzu macht und das System der Alterssicherung der Landwirte grundsätzlich neu ausrichtet und im Sinne der landwirtschaftlichen Familienbetriebe zukunftsfest gestaltet.



Rainer Genilke griff zur Forke und setzte sich für die Milchbauern ein (Foto: Loos)

Auch in Potsdam findet unsere Forderung inzwischen Gehör: Bei einer Anhörung engagierter Milcherzeuger im Landwirtschaftsministerium, an der auch unser Mitglied Hans-Jürgen Paulsen aus Zollchow teilnahm, waren sich alle Beteiligten (auch die Vertreter von Großbetrieben) einig, dass in Milchlieferverträgen künftig Menge, Preis und Lieferzeitraum enthalten sein müssen.

Bauernbund fordert Ausnahmen für brandenburgische Landwirte bei der neuen Düngeverordnung

Pressemitteilung vom 22. Juni 2016

Der Bauernbund Brandenburg hat Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger aufgefordert, bei der auf Bundesebene geplanten Verschärfung der Düngeverordnung Ausnahmen für brandenburgische Landwirte durchzusetzen. Die so genannte Länderöffnungsklausel, durch die hohe Belastungen in Regionen mit intensiver Viehhaltung noch strenger reguliert werden können, müsse auch in die andere Richtung offen sein, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn: „Für Regionen mit geringer Viehdichte, wo es erkennbar keine Probleme gibt, sollten die Landesregierungen ermächtigt werden, die neue Düngeverordnung auszusetzen.“

Konkret sieht der Entwurf der neuen Düngeverordnung kürzere Ausbringungszeiten und längere Lagerkapazitäten für organische Düngemittel wie Mist oder Gülle vor – also Auflagen, die den Landwirtschaftsbetrieben zusätzliche Kosten aufbürden. In Brandenburg seien diese überflüssig, so Jennerjahn: „Wir erreichen bei mehr als 95 Prozent aller Messstellen zur Wasserrahmenrichtlinie Trinkwasserqualität. Die durch Kontrollen festgestellten durchschnittlichen Stickstoffüberschüsse aus der Landwirtschaft liegen gerade mal bei einem Sechstel des zulässigen Höchstwertes. Was soll eine Verschärfung da noch bringen?“

Der 53jährige Ackerbauer aus Schrepkow in der Prignitz sieht den Landwirtschaftsminister in der Verantwortung, Schaden von Brandenburgs Bauern abzuwenden. Dieser müsse sich im Bundesrat für eine flexible Ausgestaltung der Länderöffnungsklausel einsetzen, so dass der weit überwiegende Teil der märkischen Landwirtschaft von der neuen Düngeverordnung verschont wird, so Jennerjahn.

Kein Rückzug des Landes aus der Gewässerunterhaltung!

Stellungnahme des Bauernbundes Brandenburg zum Referentenentwurf aus dem Umweltministerium für die Wasserrechtsnovelle vom 19. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Augustin,

mit Schreiben vom 12. Mai 2016 haben wir einen Referentenentwurf zur Wasserrechtsnovelle erhalten. Der Vorstand des Bauernbundes Brandenburg hat sich intensiv mit dem Entwurf befasst. Deshalb war es nicht möglich, in der gesetzten sehr kurzen Frist eine Stellungnahme abzugeben. Unsere Stellungnahme erfolgt mit diesem Schreiben.

Brandenburgisches Wassergesetz § 77: Der Entwurf ermöglicht Auflagen für die Bewirtschaftung von Gewässerrandstreifen, abhängig vom ökologischen Zustand der Gewässer. Wir lehnen alle Bewirtschaftungseinschränkungen ab, so lange die durch Düngung und Pflanzenschutz beeinflussbaren Werte Trinkwasserqualität aufweisen, das heißt wir akzeptieren nicht die komplizierten und von den Bundesländern unterschiedlich gehandhabten Interpretationen der Wasserrahmenrichtlinie.

Brandenburgisches Wassergesetz § 80: Der Entwurf sieht lediglich eine Beitragsdifferenzierung nach Wald und Nicht-Wald vor. Diese Differenzierung ist nicht weitgehend genug. Insbesondere werden die Eigentümer bebauter Grundstücke nicht annähernd in einer Weise beansprucht, die dem Wert ihrer Grundstücke und der durch Versiegelung verursachten Erschwernis der Gewässerunterhaltung entspricht.

Brandenburgisches Wassergesetz § 81: Der Entwurf ersetzt die Verpflichtung des Landes zur Kostenbeteiligung an dem Betrieb von Schöpfwerken und Stauanlagen entsprechend einem bislang prozentual definierten Gemeinwohllanteil durch eine Kann-Bestimmung. Damit wird das bislang selbstverständliche landeskulturelle Interesse an der Bewohnbarkeit und Bewirtschaftung fruchtbarer Niederungsgebiete wie dem Oderbruch oder dem Rhinluch zu einem Spielball von Haushaltsdiskussionen. Dazu darf es auf gar keinen Fall kommen, deshalb lehnen wir die Neuregelung grundsätzlich ab.

Brandenburgisches Wassergesetz § 82: Der Entwurf definiert die Sanierung bzw. Erneuerung von Verrohrungen als Pflichtaufgabe der Gewässerunterhaltung. Dies verkennt, dass es sich bei der Sanierung bzw. Erneuerung nicht um Unterhaltungsmaßnahmen handelt. Da Verrohrungen in der Regel ohne Einverständnis der Eigentümer durch die öffentliche Hand vorgenommen wurden, hat die öffentliche Hand auch die Pflicht, sie zu sanieren bzw. zu erneuern oder – sofern die Eigentümer nicht bereit sind, sich in Höhe der Mehrkosten zu beteiligen – das notwendige Abflussprofil in Form eines offenen Grabens herzustellen. Dessen Pflege würde dann natürlich wieder zu den Pflichtaufgaben der Gewässerunterhaltung gehören.

Brandenburgisches Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden § 2a: Der Entwurf sieht eine stärkere Berücksichtigung der Landnutzer in den Verbandsgremien vor. Diese Zielrichtung ist in der Sache richtig, nur erscheint uns die Umsetzung viel zu kompliziert und auch nicht praktikabel. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit in den Beiräten zeigt, dass eine gemeinsame Vorschlagsliste der Verbände illusorisch sein dürfte. Statt Einzellösungen über die Satzungen herbeizuführen, die wiederum auf dem Klagewege angreifbar sind, erwarten wir in dieser sensiblen Frage eindeutige gesetzliche Vorgaben.

Aufgrund der von uns festgestellten gravierenden Mängel halten wir es für erforderlich, den Referentenentwurf zur Wasserrechtsnovelle grundlegend zu überarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Jung, Geschäftsführer

Weiter gegen Wolf und Biber: In der Berliner Morgenpost vom 26. Juni stellte unser Vorstandsmitglied Marcus Schilka dar, weshalb die Ausbreitung der Wölfe seine artgerechte Haltung von Mutterkühen bedroht. Am 27. August legte unser Mitglied Matthias Kurth auf einer Versammlung ökologischer Weidetierhalter im Landkreis Dahme-Spree dar, weshalb wir eine Regulierung des Wolfes wollen. Nächstes Jahr steht die Evaluierung des Wolfsmanagementplanes an, dafür gilt es, jetzt Bündnisse zu schmieden. Die Schäden durch den Biber nehmen indes weiter zu. Besonders spektakulär eine Straßensperrung im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, wo die Märkische Allgemeine die Bürgermeisterin, unser Mitglied Sigrid Schumacher, mit den Worten zitiert: „Wenn es zuviele Wildschweine gibt, schießt man sie doch auch ab“. So einfach könnte die Welt sein, gäbe es nicht zuviele Naturschutzbürokraten ... Unser Vostandsmitglied Thomas Kiesel jedenfalls hat den Fall zum Anlass genommen, Landwirtschaftsminister Vogelsänger anzuschreiben, wie folgt:

Kritische Überprüfung der Biberverordnung gefordert

Schreiben unseres Vorstandsmitglieds Thomas Kiesel an den Landwirtschafts- und Umweltminister vom 5. August 2016

Sehr geehrter Herr Vogelsänger,

zunächst möchte ich mich Ihnen vorstellen. Ich bin Landwirt aus Barsikow im Kreis Ostprignitz-Ruppin und seit Februar Mitglied im Vorstand des Bauernbundes Brandenburg. Mit diesem Schreiben möchte ich mich für unsere Mitgliedsbetriebe in der Region Neustadt (Dosse) einsetzen, die aktuell bei der Ernte unter den Erschwernissen der Straßensperrung von Goldbeck nach Sieversdorf aufgrund Biber Schäden leiden.



Wir unterstützen nachdrücklich die Initiative des Amtsdirektors von Neustadt (Dosse), der sich bereits mehrfach an Sie mit der Bitte um schnelle und unbürokratische Hilfe gewandt hat.

Nach Rücksprache mit unseren in der Region ansässigen Mitgliedsbetrieben und den betroffenen Gemeinden erscheint es mir erforderlich, den gesperrten Straßenabschnitt von etwa 900 m Länge mit Recyclingmaterial einfach und kostengünstig zu sanieren, um möglichst schnell Befahrbarkeit wiederherzustellen. Dafür erforderlich ist zunächst eine Aufhebung der Bindungsfristen für die Förderung aus dem Hochwasserschutzprogramm, so dass auf eine kostenaufwändige Sanierung in der bisherigen Form verzichtet werden kann. Dafür erforderlich ist weiterhin eine Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns, so dass auf ein zeitaufwändiges Ausschreibungsverfahren verzichtet werden kann. Für selbstverständlich halte ich außerdem die volle Kostenübernahme durch das Land – aus



welchem Programm auch immer. Es kann nicht angehen, dass das Land einerseits keinerlei Anstrengungen unternimmt, den Schutzstatus des Biber anzupassen, und andererseits die Landwirte und Gemeinden auf den Kosten sitzen lässt.

Die Zerstörung der neuen Straße zwischen Goldbeck und Sieversdorf ist nur ein Beispiel von vielen, die Kosten der unkontrollierten Ausbreitung des Biber werden weiter zunehmen. Meines Erachtens ist es bereits jetzt an der Zeit, die Biberverordnung einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Für ein konstruktives Gespräch darüber steht der Bauernbund und stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Kiesel

Bauernbund bezeichnet Kreisreform als bürokratischen Zentralismus

Pressemitteilung vom 12. Juli 2016

Der Bauernbund Brandenburg hat an die Landtagsabgeordneten aus den ländlichen Regionen Brandenburgs appelliert, die von der Landesregierung geplante Kreisgebietsreform abzulehnen. „Der Entwurf von Rot-Rot ist ein Dokument des bürokratischen Zentralismus und beruht auf der falschen Annahme, größere Strukturen würden effizienter arbeiten“, sagte Bauernbund-Vorstand Marco Hintze. Tatsächlich würden durch die ökonomisch völlig sinnlose Neugliederung Arbeitsplätze und damit Kaufkraft aus ländlichen Regionen abgezogen, kritisiert der 44jährige Landwirt aus Krielow bei Werder: „Für ohnehin wirtschaftsschwache Kleinstädte wie Perleberg, Prenzlau oder Herzberg wäre ein solcher Aderlass schwer zu verkraften, die gesamte Umgebung müsste darunter leiden.“ Als wichtigste Wirtschaftsbranche im ländlichen Raum habe die Landwirtschaft ein Interesse daran, dass die Mitwirkung in den kommunalen Gremien nicht bereits an langen Anfahrtswegen scheitert, so Hintze weiter: „Wenn sich der Staat schon mit unseren Steuergeldern so eine aufwändige Verwaltung leistet, dann sollte diese wenigstens bürgernah organisiert sein.“

Kreisreform: Hang zur Größe – und zum Scheitern

Meinungsbeitrag unseres Präsidenten Karsten Jennerjahn zur Reihe „Kreisreform – wie weiter?“ in der Märkischen Allgemeinen vom 20. August 2016

Die Landesregierung plant Großkreise. Hatte Brandenburgs Politik nicht schon immer einen Hang zur Größe – und zum Scheitern? Ich muss gar nicht den BER bemühen, den Lausitzring oder die Cargolifterhalle. Jahrzehntelang ging es in der märkischen Agrarpolitik fast ausschließlich darum, den Großbetrieben Vorteile zu verschaffen. Selbst als immer mehr LPG-Nachfolger an auswärtige Investoren verkauft wurden, hat man die großen Strukturen noch als Erfolgsmodell gepriesen. Inzwischen sind die ersten Investorengruppen mit vielen tausend Hektar pleite. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe indes haben sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen behauptet.

Nun bin ich kein Experte, was Kosteneffizienz und Dienstleistungsqualität von öffentlicher Verwaltung angeht, aber meine gesamte Lebenserfahrung lässt mich daran zweifeln, dass mit der von Innenminister Schröter geplanten Kreisgebietsreform eines dieser beiden Ziele erreicht würde. Was hat denn die letzte Kreisgebietsreform gebracht, die letzte Zusammenlegung von Gemeinden, außer dem Verlust von Selbständigkeit und ehrenamtlichem Engagement? Wenn man zwei Wasserköpfe fusioniert wird daraus doch noch keine schlanke Verwaltung. Warum lassen sich die Kreise nicht in ihrem derzeitigen Zuschnitt reformieren?

Ich will auch gar nicht die Frage aufwerfen, ob sich mit dem Autokennzeichen ein Heimatgefühl verbindet oder ob es für mich soviel schlimmer wäre, einen Bauantrag in Neuruppin abzugeben statt in Perleberg – das meiste läuft ja heute ohnehin online. Ich sehe nur, dass in der Perleberger Kreisverwaltung etwa 500 Leute arbeiten, die ihre Kinder in Kitas und Schulen schicken, die das gesellschaftliche Leben mit am Leben erhalten und die nicht zuletzt Kaufkraft in der Region lassen. Das ist für mich der entscheidende Punkt. Wie würde der Wirtschaftsminister feiern, könnte er 100 neue Arbeitsplätze für die Prignitz verbuchen. Sein Kollege aber zieht schnell mal 500 Arbeitsplätze ab.

Unterm Strich bedeutet die Kreisgebietsreform keine Reduzierung von Verwaltung – wovon ich als Steuerzahler ja vielleicht noch etwas hätte – sondern sie bedeutet, dass vorhandene attraktive, gut bezahlte Arbeitsplätze aus den ländlichen Regionen Brandenburgs heraus Richtung Berliner Rand verlegt werden. Das kann uns als Berufsvertretung der wichtigsten Wirtschaftsbranche im ländlichen Raum nicht egal sein. Deshalb lehnt der Bauernbund Brandenburg die Kreisgebietsreform ab und wird alle Bestrebungen unterstützen, diesen großen Unfug zu verhindern.

Austausch zwischen Ost und West

Unser Vorstandsmitglied Marcus Schilka berichtet über seine Erfahrungen mit dem Praktikanten-Austauschprogramm APOLLO

Im Jahr 2010 nahm unsere Familie zum ersten Mal einen Praktikanten auf – Misha aus Weißrussland. Er war zwanzig Jahre jung, studierte in seiner Heimat Agrarwissenschaften und sollte nun vier Monate auf unserem Familienbetrieb mit rund 200 Hektar Acker und fünfzig Mutterkühen am Rande des Spreewaldes verbringen, um die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland kennen zu lernen. Ermöglicht wurde dies durch den Verein APOLLO (Arbeitsgemeinschaft für Projekte in Oekologie, Landwirtschaft und Landesentwicklung in Osteuropa). Dieser vermittelt Agrarstudenten aus der Ukraine, Weißrussland und Russland nach Deutschland, damit sie hier Erfahrungen in der Landwirtschaft sammeln und so die eigene Landwirtschaft in ihren Ländern voranbringen können.

Misha wurde unmittelbar in unser Familienleben eingebunden: Er bekam sein eigenes Zimmer in unserem Haus, nahm am Frühstück, Mittagessen, Abendessen sowie an zahlreichen Grillabenden teil. Meine Mutter brachte ihm Deutsch bei und ging mit ihm ins Theater. Die Verständigung fiel anfangs etwas schwer: Mishas Deutschkenntnisse waren anfangs doch sehr begrenzt. Da half oftmals nur Vormachen, Zeigen, Aufmalen, wiederholtes Erklären und vor allem viel Geduld und langsames Sprechen.

Nach einiger Zeit aber waren wir ein eingespieltes Team: Misha wusste, was er wie und wo zu tun hat. Für mich war er zunächst eine willkommene Unterstützung. Das Praktikum verfolgt allerdings hauptsächlich einen Ausbildungszweck, und das war natürlich für mich auch mit einigem Aufwand verbunden. Das meiste konnte ich Misha erklären, auch wenn es oft länger dauerte. Manchmal gab es Sachen, die für einen deutschen Landwirt absolut normal erscheinen, für einen angehenden Landwirt aus Weißrussland allerdings überhaupt nicht, zum Beispiel einen Elektrozaun. So etwas gab es zu dieser Zeit in Weißrussland schlicht und einfach nicht. Dort hütete man die Rinder.

Was mich besonders gefreut hat: Vor einem Monat, mitten in der Ernte, kam mich Misha mit seiner Freundin auf unserem Hof besuchen, siehe nebenstehendes Foto. Misha ist inzwischen als Agraringenieur in einem landwirtschaftlichen Unternehmen in Weißrussland tätig. Er hat seine Deutschkenntnisse beibehalten und hat mich gut verstanden. Wir konnten immer noch über dieselben Witze lachen. An einem Nachmittag packte er auch wieder wie selbstverständlich mit an: Ich musste ihm nichts mehr erklären, er hat alles verstanden und mir damit eine wahre Freude bereitet.

Mit Misha hatte ich einen Glückgriff, bis hin zu denselben Hobbies: Er fährt genauso gerne Motorrad wie ich. Nach Mishas Aufenthalt auf unserem Betrieb, nahm ich in der Folgezeit zwei weitere Praktikanten



aus der Ukraine auf. Es verlief nicht immer alles rosig: Manchmal gab es Missverständnisse, die auf der Sprachbarriere beruhten und auf kulturellen Unterschieden. Alles in allem jedoch haben sich die Praktikanten immer sehr angestrengt, auf dem Betrieb zu helfen und etwas zu lernen, und von dem Austausch haben beide Seiten profitiert. Für mich kann ich sagen, dass der Austausch mit den Praktikanten den Blick für den eigenen Beruf und die eigene Region geschärft hat und zugleich Verständnis geschaffen hat für andere Menschen, Kulturen und Sichtweisen.

Wer kann sich vorstellen, 2017 einen osteuropäischen Praktikanten aufzunehmen?

Der gemeinnützige Verein APOLLO besteht seit 1991 und engagiert sich in der landwirtschaftlichen Weiterbildung in Deutschland und Osteuropa. Jedes Jahr vermittelt er etwa dreißig Studenten der Agrarwissenschaft auf Betriebe in Brandenburg, die damit praktische Erfahrungen mit einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft sammeln und ihren Horizont erweitern. Besonderer Wert wird deshalb auf Familienanschluss gelegt: Die Praktikanten arbeiten und leben vier Monate gemeinsam mit der Bauernfamilie auf dem Hof. Der Landwirt stellt Unterkunft und Verpflegung und zahlt ein kleines Taschengeld an den Praktikanten sowie einen Beitrag an APOLLO. Eingerahmt wird der Aufenthalt durch ein Seminarprogramm mit Exkursionen zu produzierenden und verarbeitenden Betrieben, das APOLLO organisiert. Wer sich vorstellen kann, einen jungen Menschen aus Weißrussland oder der Ukraine im Sommer 2017 (vom 6. Juni bis zum 28. September) bei sich aufzunehmen und zu beschäftigen, kann sich gerne an Jona Rendslob von APOLLO wenden, Telefon 0176-81145573 oder by-ua@apollo-online.de.

Wieder Dorffest für Heimat und Zukunft am Reformationstag in Atterwasch (Landkreis Spree-Neiße)



Seit fünf Jahren veranstaltet das Bündnis Heimat und Zukunft in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr und den örtlichen Landwirtschaftsbetrieben am Reformationstag ein Dorffest in dem von Braunkohletagebau bedrohten Ort Atterwasch. Der Bauernbund Brandenburg, der in Atterwasch drei Mitgliedsbetriebe hat, unterstützt seitdem diese Aktion und lädt deshalb auch dieses Jahr ein zum Dorffest für Heimat und Zukunft am 31. Oktober 2016 auf dem Platz vor der mehr als 700 Jahre alten Atterwascher Feldsteinkirche.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr mit einem Gottesdienst zur Bewahrung der Schöpfung, den Pfarrer Matthias Berndt aus Guben halten wird. Um 11 Uhr folgen Redebeiträge, in denen es um die Zukunft der drei für den Tagebau Jänschwalde-Nord überplanten Dörfer Atterwasch, Kerkwitz und Grabko geht. Eingeladen sind diesmal unter anderem Vertreter des tschechischen Energiekonzerns EHP und Umweltaktivisten aus Tschechien. Vattenfall hatte die Tagebau-Planungen zuletzt auf Eis gelegt und der neue Eigentümer EHP hat angekündigt, vor Weihnachten über eine Fortführung entscheiden zu wollen. Interessanterweise sind Enteignungen zur Erschließung von Rohstoffvorkommen in Tschechien seit einer Novelle des Berggesetzes 2012 verboten, das heißt im eigenen Land könnte EHP überhaupt keine neuen Tagebaue mehr aufschließen, wenn auch nur ein Dorfbewohner nicht verkauft. In der Lausitz dagegen treibt die rot-rote Landesregierung mit einem Bergrecht, das aus dem Dritten Reich stammt, die Vernichtung von Dörfern und Landwirtschaftsbetrieben voran.

Das Dorffest für Heimat und Zukunft ist eine gute Gelegenheit, unsere Verbundenheit mit unseren betroffenen Berufskollegen und den Dorfbewohnern zu demonstrieren.

OmniCult® Schwefel-Linsen

90 % Elementarer Schwefel zum Streuen.

Für eine **kontinuierliche und bedarfsangepasste Schwefelversorgung** über die gesamte Vegetation.

➔ Das heißt für Sie volle **Flexibilität bei der Wahl des N-Düngemittels und Reduzierung der Hektarkosten.**

OmniCult® Schwefel flüssig

800 g/L Elementarer Schwefel als Blattdüngemittel.

Eine optimale Schwefelversorgung **macht die Pflanzen widerstandsfähiger gegenüber vielen Pilzkrankheiten.**

➔ Auf diese Weise fördern Sie **gesunde Pflanzen und die Winterhärte Ihrer Bestände.**

OmniCult® Gülleschwefel

98,5 % Elementarer Schwefel zum Ausbringen mit der Gülle.

Staubarme und anwenderfreundliche Formulierung für die Ausbringung in einem Arbeitsgang.

Interesse? Für Ihre individuelle Herbstempfehlung beraten Sie gerne unsere Ansprechpartner in Brandenburg vor Ort.

Rufen Sie uns einfach an: 0172-3012836



Besuchen Sie uns an
Stand 323

Wir entwickeln innovative Dünge- und Pflanzenschutzlösungen für Ihren nachhaltigen Betriebserfolg

OmniCult FarmConcept GmbH | Hauptstraße 31 | 65597 Hünfelden

T: +49(06438) 92 80 420 | F: +49(06438) 92 30 662

E: info@omnicult.net | www.omnicult.net



OmniCult
FARMCONCEPT

Widerrechtliche BVVG-Praxis muss nicht hingenommen werden

Im Rahmen meiner rechtsanwaltlichen Tätigkeit stelle ich immer wieder fest, dass die BVVG nach wie vor im Interesse des Finanzministeriums bemüht ist, auch widerrechtlich an das Geld ihrer Käufer und Pächter zu gelangen bzw. es zu behalten. Landwirte, die Pächter oder Käufer der BVVG sind oder waren, sollten folgendes hierzu beachten:



1. Es gibt immer noch viele Landwirte, die zwischen 2007 und 2009 am sogenannten „begünstigten Erwerb“ der Pachtflächen von der BVVG teilgenommen haben. Regelmäßig hat die BVVG hier einen erheblich zu hohen Verkehrswert als Berechnungsgröße zugrunde gelegt. Obwohl der Rückzahlungsanspruch der Käufer für den zu viel gezahlten Kaufpreis mehrfach gerichtlich bestätigt wurde, nimmt die BVVG nicht von sich aus eine Überprüfung der Kaufpreise vor. Jeder Betroffene muss die Rückzahlung individuell durchsetzen. Regelmäßig bietet die BVVG auf eine dahingehende Aufforderung aufgrund angeblicher Nachberechnungen eine Rückzahlung an, die weiter unter dem tatsächlichen Anspruch des Landwirts liegt. Es ist zu befürchten, dass viele Landwirte ihre Forderung aus diversen Gründen nicht durchsetzen und die BVVG darauf wartet, dass ab 2017 diese verjährt.
2. Die Pachtzinsanpassungsklausel in den Pachtverträgen der BVVG ist unwirksam. Trotzdem versucht die BVVG weiterhin die Pächter zu einer Pachtzinserhöhung zu bewegen. In der Regel ist der aktuelle Pachtzins in BVVG-Pachtverträgen schon überhöht. Pächter sollten sich keinesfalls auf eine Erhöhung des Pachtzinses ohne Einholung eines Gutachtens über das regionale Pachtniveau einlassen. Die BVVG versucht normalerweise mit einer hohen Forderung zu beginnen, um dann einen „Vergleich“ auf niedrigerem Niveau anzubieten. Das Angebot der Pächter sollte immer sein, dass der Pachtzins allenfalls angesichts der Marktlage gesenkt wird. Jeder Pächter, der einer Pachtzinserhöhung zustimmt, belastet seine Kollegen, da die BVVG intensiv bemüht ist, dass Pachtzinsniveau ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Landwirte durch entsprechende Verhandlungen nach oben zu treiben.
3. Viele Pächter von BVVG-Flächen haben noch einen Direkterwerbsanspruch nach den Privatisierungsgrundsätzen 2010. Die BVVG hintertreibt diesen Anspruch, indem sie einen Kaufpreis verlangt, der weit über dem Verkehrswert liegt. Damit soll das Direkterwerbsrecht entwertet werden. Auch hier sollte der Pächter von der BVVG verlangen, dass ein Verkauf zum tatsächlichen Verkehrswert erfolgt, der gutachterlich festzustellen ist. Weder ein Verweis auf „Protokollnotizen“ zum PG 2010 noch das allgegenwärtige Scheinargument eines EU-rechtlichen Beihilfeverbots soll den Pächter irreleiten lassen. Die BVVG hat auch hier den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Vorgaben zu folgen.
4. Nicht zuletzt sollte der nach noch nicht rechtskräftigem Urteil des Landgerichts Berlin unwirksamen „Windkraftklausel“ in den BVVG-Verträgen keinesfalls vorbehaltlos gefolgt werden. Bei entsprechender Beratung kann der betroffene Landwirt seine Flächen für Windkraftanlagen durchaus zur Verfügung stellen. Er muss aber eine entsprechend belastbare Klausel in einer mit der BVVG hierfür zu treffenden Vereinbarung verhandeln.

Es ist politisch einigermaßen verwunderlich, dass sich die BVVG als staatliche Privatisierungsstelle derart verhält. Solange sie aber ausschließlich das Wohl der Staatskasse im Auge hat und hierfür sich über rechtliche Vorgaben hinwegsetzt, bleibt den betroffenen Landwirten nichts anderes übrig, als wachsam sein und sich hiergegen zur Wehr setzen. Die Gerichte sind bislang vielfältig den berechtigten Einwänden der Landwirte gefolgt.

Rechtsanwalt Franz-Christoph Michel

Gut Netzow bei Templin, Telefon (03987) 54909, www.kanzleimichel.de



Immer neue
Angebote unter
www.tecparts.com

Mit TECparts hochwertige Ersatzteile
und Zubehör für die Landwirtschaft
ganz einfach online einkaufen.

 **TECparts**
und alles läuft.



www.wattline.de


PREISDRUCK?

MIT WATTLINE ENERGIEKOSTEN SPAREN! DAUERHAFT GÜNSTIGE STROM- UND GASPREISE!

Im wattline **Energiepool**® sammeln wir den gesamten Energiebedarf unserer Kunden und sorgen so für wettbewerbsfähige Preise. Davon profitieren in Brandenburg bereits zahlreiche Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe sowie Biogas- und Windkraftanlagenbetreiber.

Kommen auch Sie in unseren **Energiepool**® und sichern sich unser Branchenwissen. Denn neben Ihren Energiepreisen können wir auch Ihre Steuern und Abgaben senken und Sie in allen energierelevanten Themen beraten!

Vereinbaren Sie jetzt einen unverbindlichen Beratungstermin mit uns:

Berlin und Westbrandenburg
Andreas Liebig
 autorisierter wattline Partner
 M. 0177 215 57 53

Ost- und Nordbrandenburg
Uwe Bernert
 autorisierter wattline Partner
 M. 0178 333 43 56

4,2 Mrd. kWh verwaltetes Energievolumen und
 Kooperationspartner von zahlreichen
 landwirtschaftlichen Verbänden